

## **25. Wieso macht die EU nichts für die Landwirte? Wieso wird ein Massensterben der kleinen Betriebe gefördert aber nicht ihr Erhalt? Wieso müssen Bauern um jeden Cent mit der EU kämpfen?**

Einer Feststellung, die „EU fördert ein Massensterben kleiner landwirtschaftlicher Betriebe und nicht ihren Erhalt“ muss ich vehement widersprechen!

Die Landwirtschaft und die Bauern sind im Laufe der (kurzfristigen) Geschichte sehr unterschiedlichen Situationen ausgesetzt und auch äußerst unterschiedlich in Europa von verschiedenen natürlichen, politischen und anderen Bedingungen beeinflusst.

Durch den 2. Weltkrieg, deren Verheerung Grund und Anlass zur Gründung der EG, Vorgängerorganisation der EU, war (nie mehr Krieg in Europa) gab es Hungersnöte und konnte die Bevölkerung nicht ernährt werden; daher wurde die Agrarpolitik schon mit den Gründungsverträgen der EWG 1958 zu einem bestimmenden Teil der EU-Politik.

Ziel war, möglichst viel an Futter- und Nahrungsmitteln wieder zu erzeugen; alles wurde angekurbelt (Motto: „Wachsen und Weichen“).

Diese zunächst begründete, in der Folge aber fehlgeleitete Agrarpolitik endete in den 1980iger Jahren in nicht absetzbaren Fleisch-/Butterbergen und Milchseen; nur mit großen Stützungsmaßnahmen konnte die Erzeugung (weltweit) vermarktet und damit die bäuerlichen Betriebe erhalten werden – eigentlich hätte man damals bereits – vielleicht viel radikaler auf einen Strukturwandel drängen sollen, erfolgte aber, wie auch heute nicht.

Seit den 1990iger Jahren trat ein völliges Umdenken in der EU-Agrarpolitik ein und insbesondere der aus Österreich stammende Landwirtschaftskommissar Franz Fischler (bis 2004 dafür zuständig) hat die EU-Agrarpolitik auf eine neue Schiene gelegt: Extensivierung und Ökologisierung; Ausgleich des zusätzlichen Aufwandes für Mehraufwand und extensive Landwirtschaft wie auch für aus natürlichen Gründen gegebene „benachteiligte Gebiete“ durch EU-Gelder; die vormals für Marktstützungen und zur Subventionierung von Exporten aufgewendeten EU-Mittel werden heute alle für ökologische, benachteiligte oder sonstige Maßnahmen verwendet; nur in außerordentlichen Situationen (Krankheiten) erfolgen Einlagerungs-/Stützungsmaßnahmen.

Aus Kärnten weiß ich aus der Zeit vor dem EU-Beitritt Österreichs und wo ich im Agrarressort tätig war, dass die Rindfleischproduktion allein der Kärntner Bauern nur zu rd. 50% in Kärnten/Österreich ‚aufgegessen‘ werden konnte und wir – glücklicherweise – einen großen Absatzmarkt gleich beim Nachbarn in Italien für die anderen 50% hatten. Hierfür hat Kärnten und Österreich ebenfalls enorme finanzielle Mittel aufgewendet, um diesen Export zu finanzieren. Schon damals hätten viele Kärntner Bauern nicht leben können (sondern ‚sterben‘ müssen), hätte es diese Absatzmöglichkeiten und die staatliche Intervention nicht gegeben.

Die Bauern/Bäuerinnen in Kärnten/Österreich/EU können viel mehr produzieren, als wir konsumieren (noch nicht berücksichtigt, dass rd. 1/3 der Lebensmittel letztlich auch gar nicht verzehrt wird, sondern auf dem Müll landet!). Dieser Druck besteht schon seit Jahrzehnten (1980iger Jahren) und löst den stetig voranschreitenden Strukturwandel aus. Das ist nicht nur in der Natur, sondern vor allem in wirtschaftlichen Belangen ein ganz normaler Prozess.

Zur Kernfrage: Mit der grundsätzlichen Umstellung der EU-Agrarpolitik auf Extensivierung und Ökologisierung (gelenkt durch finanzielle Anreiz- und Fördersysteme) und mit den vielen

EU-Mitteln (mittlerweile zweitgrößter Anteil des EU-Budgets mit jährlich rd. 50 Mrd. €) konnte der Prozess des Strukturwandels enorm verlangsamt werden; er kann nicht aufgehalten werden, aber er wurde deutlich gebremst; ohne die EU-Mittel und die neue EU-Agrarpolitik wäre das sog. „Bauernsterben“, wie es böse Zungen nennen, mindestens doppelt so hoch!

Die Fördermaßnahmen sind sehr breit und vielfältig und es geht auch um öffentliche (Steuer-) Gelder, die einer Kontrolle bedürfen; es ist nicht immer leicht, durch einen gewissen Dschungel an Bürokratie zu gehen; aber dieser ist nicht den Verwaltungsbehörden oder gar den rd. 95% braven Bauern geschuldet, die sich an die Vorgaben halten, sondern jenen ‚schwarzen Schafen‘, die sich nicht an die Richtlinien halten wollen oder kriminell vorgehen: für diese müssen leider viele zusätzliche Regelungen und Kontrollen geschaffen werden; sie gelten aber dann für alle, weil man ja nicht weiß, wo gerade ‚ein schwarzes Schaf‘ am Werk ist.